

## **A n t r a g**

### **der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) - Konsequenzen für Thüringen im Bereich Biomasse**

- I. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten,
  1. wie sie die Novelle des am 30. Juni 2011 im Deutschen Bundestag beschlossenen und am 8. Juli vom Bundesrat verabschiedeten Erneuerbare-Energien-Gesetzes insgesamt bewertet;
  2. in welchen Punkten im Bereich Biomasse die Novelle den Vorstellungen der Landesregierung entspricht;
  3. in welchen Punkten im Bereich Biomasse die Novelle den Vorstellungen der Landesregierung nicht entspricht;
  4. wie sie die Novelle bezüglich der Auswirkungen auf die Bestandsanlagen in Thüringen bewertet;
  5. welche Einschätzung sie vor dem Hintergrund der Novelle zur weiteren Entwicklung der Biogaserzeugung, vor allem bezüglich der Größe zukünftiger Biogasanlagen in Thüringen trifft;
  6. wie sie sich in der Diskussion zwischen der Bundesregierung und der EU-Kommission bezüglich der Stellung von Gülle in der geplanten Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes positioniert.
  
- II. Die Landesregierung wird weiterhin aufgefordert,
  1. sich auf Bundesebene für eine Anpassung der Förderstruktur einzusetzen, die für die Biogasproduktion eine Bevorzugung von
    - a) Bioabfällen,
    - b) Reststoffen aus der Nahrungsindustrie und
    - c) Landschaftspflegematerialienvorsieht;
  2. die Substrat-Listen I und II einer Bewertung nach Biodiversitäts- und Fruchtfolgekriterien zu unterziehen, gegebenenfalls zu erweitern (z. B. Grassilagen, Hirse, Triticale) und diesbezüglich auf Bundesebene aktiv zu werden.

#### **Begründung:**

Erneuerbare Energie aus Biomasse ist fester Bestandteil einer zukunftsfähigen Energieversorgung, die komplett ohne fossile und radioaktive Energieträger auskommt.

Die Bewertung der Novelle des am 30. Juni 2011 im Deutschen Bundestag beschlossenen und am 8. Juli vom Bundesrat verabschiedeten Erneuerbare-Energien-Gesetzes fällt - je nach Erwartung - sehr unterschiedlich aus. Einerseits wurden die wichtigsten Forderungen des

Berufsstandes aufgegriffen, andererseits kritisieren vor allem Umweltverbände die aus ihrer Sicht ungenügende Berücksichtigung wichtiger Faktoren wie Biodiversität und Optimierung der Fruchtfolgen.

Für die Fraktion:

Rothe-Beinlich